

Große Herausforderung für kleinen Träger

Großes Bedauern beim „Ring Freiburg“ (früher „Ring der Körperbehinderten“): Der Träger hat seine stationären Wohngruppen der Caritas übergeben. Schuld sind Fachkräftemangel und Finanzierungsnot.

■ Von Anja Bochtler

FREIBURG Als der „Ring Freiburg“ – bekannt unter seinem alten Namen „Ring der Körperbehinderten“ – 2012 sein Rainer-Bernhard-Haus an der Rieselfeldallee eröffnete, sollte es mit der Inklusion nochmal kräftig vorangehen. Mit dazu gehörte ein neues Angebot des Trägers, der sich 1967 als Selbsthilfegruppe gegründet hatte und seit Jahrzehnten die Ernst-Winter-Wohnanlage für Menschen mit Behinderungen am Meckelhof in Betzenhausen betreibt. Das dort etablierte ambulante „Service-Wohnen“, bei dem die Bewohnerinnen und Bewohner Unterstützung im Alltag bekommen, bietet auch das Rainer-Bernhard-Haus in 39 Wohnungen an. Neu dazu kamen dort aber 2012 noch 24 Plätze im stationären Wohnen für Menschen mit schweren Einschränkungen.

Für einen Teil von ihnen, für die wegen ihrer Beeinträchtigungen kein Besuch einer Werkstätte in Frage kommt, wurde zudem eine Fördergruppe direkt vor Ort

gegründet, erzählt Norbert Weiß, der Geschäftsführer des Rings Freiburg. Von diesen Angeboten für Menschen mit besonders schweren Behinderungen – nicht aber vom „Service-Wohnen“ – musste sich der Ring Freiburg nun Anfang Juli trennen: „Das tut uns sehr weh“, betonen Norbert Weiß und Michael Weymann vom ehrenamtlich arbeitenden Vorstand des Ring Freiburg. Wichtig aber ist: Es gibt die Angebote im Rainer-Bernhard-Haus weiterhin, und für die Menschen, die sie nutzen, soll sich nichts ändern. Der Caritasverband Freiburg-Stadt hat die Angebote übernommen und dafür beim Ring Freiburg dessen Räume angemietet.

Der Grund sei, dass ein großer Träger wie die Caritas die Herausforderungen, die den kleinen Ring Freiburg in die Enge trieben, besser meistern könne, erläutert Norbert Weiß. Dabei sei mehreres zusammengekommen: Sehr problematisch habe sich der Fachkräftemangel ausgewirkt. Für die stationären Angebote sind Pflegefachkräfte und Heilerziehungspflegekräfte im Einsatz. Für künftige Heilerziehungspflegekräfte gebe es in Freiburg nur noch die Martha-Belstler-Schule – und da sie zur Caritas gehöre, seien die meisten Auszubildenden bei der Caritas eingebunden. Pflegefachkräfte ziehe es eher in Kliniken oder Pflegeheime als zur Arbeit mit Menschen mit Behinderungen. Und dann sei auch noch



Veränderungen im Rainer-Bernhard-Haus in Rieselfeld
FOTO: THOMAS KUNZ

eine der Nachtwachen – die qualifizierte Pflegefachkräfte sein müssten – weggefallen. Dieser Ausfall habe sich nur über Zeitarbeitskräfte ausgleichen lassen, die seien aber um ein Vielfaches teurer. Die städtische Eingliederungshilfe, die für die Finanzierung zuständig sei, habe diese Mehrkosten nicht übernommen. Zum Pflegenotstand und daraus entstehenden Finanzierungslücken seien noch sehr große Belastungen durch erhöhten bürokratischen Aufwand dazugekommen: Durch das Bundesteilhabegesetz seien die stationären Angebote zu „besonderen Wohnformen“ geworden.

Dass sich die Lage für Menschen mit Behinderungen dadurch verbessere, bezweifeln Norbert Weiß und Michael Weymann. Für die Träger sei die Folge, dass sie sich nun statt mit einer immer mit zwei unterschiedlichen Stellen auseinandersetzen müssten: Für Miete, Betriebs- und Nebenkosten seien die Sozialämter zuständig, für die Finanzierung des Personaleinsatzes die kommunale Eingliederungshilfe. Da für die Finanzierung immer die ursprüngliche Heimatkommune zuständig bleibt und die Bewohnerinnen und Bewohner des Rainer-Bernhard-Hauses aus sieben Landkreisen stammten, seien für jeden der Landkreise Abrechnungen mit jeweils zwei verschiedenen Stellen nötig. Manche würden tagesgenau abrechnen, andere über Pauschalen, alle mit jeweils unterschiedlichen Fristen, und meist dauere eine Bearbeitung der Hilfepläne mehrere Monate – deshalb habe der Ring Freiburg oft in Vorleistung gehen müssen. Und dann habe die Stadt Freiburg, die für alle Entgeltfestlegungen – auch für die Landkreise – zuständig sei, auch noch Energiekosten der Bewohnenden, die höher als erwartet waren, nicht akzeptiert.

„Irgendwann war klar: Es geht nicht mehr“, sagt Norbert Weiß. Ihm sei die zunehmende Finanznot der Kommunen bewusst – doch für kleine Träger seien die Konsequenzen bitter.